

DIE LINKE. Berlin  
8. Landesparteitag, 1. Tagung  
16./17. Januar 2021

Antrag A4

Antragssteller\*in: Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV, BV Tempelhof-Schöneberg, BV  
Charlottenburg-Wilmersdorf, BV Spandau, BV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Alle Berliner Bezirke erhalten für die Jobcenter eine Ombudsstelle
- 2 In allen Berliner Bezirken wird eine vom Land finanzierte Ombudsstelle (unabhängige Schieds- und
- 3 Ansprechstelle bei Konflikten von ALG-II-Abhängigen mit den Jobcentern), eingerichtet. Die Fraktionen
- 4 der Bezirksverordnetenversammlungen, die Abgeordnetenhausfraktion und die Senator\*innen der
- 5 LINKEN setzen sich in den Trägerversammlungen und den zuständigen kommunalen Stellen dafür ein.
- 6 Begründung:
- 7 Deutschlandweit, und in einzelnen Bezirken Berlins gibt es bereits neutrale und unparteiische
- 8 Ombudsstellen für Jobcenter, mit überdurchschnittlichen Zufriedenheitswerten für „Kund\*innen“. Es ist
- 9 vor allem auch eine Vertrauensfrage für Betroffene, die Probleme (Schikane, Entwürdigung,
- 10 Menschenverachtung, Unverständlichkeit von Bescheiden) mit dem Jobcenter haben, dass sie sich
- 11 unabhängig vom Jobcenter beraten lassen können. Mit Ombudsstellen kann insgesamt ein wichtiger
- 12 Beitrag gegen Diskriminierungsrisiken in der öffentlichen Arbeitsvermittlung geleistet werden.
- 13 Ombudsstellen wirken deeskalierend, Widersprüche und viele Klagen von ALG II-Bezieher\*innen, eine
- 14 Flut von Anträgen, die vom Sozialgericht kaum zu bewältigen sind, könnten so im Vorfeld behoben
- 15 werden. In vielen Fällen könnte es schon reichen, Bescheide, die nicht verstanden werden, genauer zu
- 16 erläutern. Fast in der Hälfte der Fälle entscheidet das Sozialgericht zugunsten der Jobcenter-
- 17 Kund\*innen. Es würden für das Land Berlin nicht nur Kosten gespart werden, sondern auch Zeit und
- 18 Ärger und damit auch zu einer systemischen Verbesserung führen. Es wäre u.a. auch ein Beitrag für eine
- 19 bürgerfreundliche Verwaltung.